

Weiter im Kampf gegen Renten- strafrecht und Sozialabbau

Am 21./22. Oktober trafen sich in Berlin die gewählten Delegierten zur satzungsgemäß einberufenen Vertreterversammlung, um über die Arbeit der letzten vier Jahre Bilanz zu ziehen und über die künftigen Aufgaben zu beraten.

Obwohl eine Reihe der kleineren TIG – bedingt durch Alter und Gesundheitszustand der Funktionäre – keine Vertreter entsenden konnten, waren 91,1 % der Mitglieder unseres Vereins durch Delegierte vertreten.

Die Wertschätzung, die unser Verein genießt, wurde durch die Anwesenheit der Repräsentanten von befreundeten Verbänden und Vereinen und deren Redebeiträge nachdrücklich unterstrichen. Wir begrüßten den Präsidenten des OKV Prof. Dr. Siegfried Mechler, die Vorsitzenden der GRH und der GBM Hans Bauer und Karl-Heinz Wendt, den Vorsitzenden des Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR Admiral a.D. Theodor Hoffmann, den Präsidenten des Bündnisses für soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde Gerd Julius. Begrüßt wurde auch der Vorsitzende des Sprecherrates der Initiative für Gerechte Altersversorgung, Heinz Tauchert.

Weitere Gäste waren mit Generaloberst a.D. Fritz Streletz und Generalleutnant a.D. Manfred Grätz ranghohe Kommandeure der Nationalen Volksarmee der DDR, sowie der Chefinspekteur der Zollverwaltung der DDR, Gerhard Stauch.

Generalmajor a.D. Hartwig Müller, ehemals Ministerium des Inneren der DDR, war als Delegierter unserer TIG Berlin-Köpenick anwesend.

Generalleutnant Dr. Schwanitz und Generaloberst Werner Großmann vom MfS waren aus gesundheitlichen Gründen an der Teilnahme verhindert und übermittelten Grüße.

Die Partei DIE LINKE war mit dem Vorsitzenden des Ältestenrates, dem ehemaligen Ministerpräsidenten der DDR Dr. Hans Modrow sowie durch unsere langjährige Mitstreiterin, die ehemalige Bundestagsabgeordnete Dr. Martina Bunge, vertreten.

Horst Parton überreichte die Ehrenurkunde unseres Vereins an Dr. Martina Bunge für ihren unermüdlichen Einsatz zur Beseitigung der Strafrenten und die Aufhebung der Benachteiligungen für Ost-Rentner.

Die Rechtsanwälte Bleiberg und Dr. Helmers bereicherten die Diskussion mit ihren Beiträgen, die von Optimismus getragen waren.

Im einleitenden Referat schätzte Horst Parton ein, dass nach der Bundestagswahl kein Politikwechsel zu erwarten ist und sich die Rahmenbedingungen unseres Kampfes



für Rentengerechtigkeit nicht wesentlich verändern werden. Von den etablierten Parteien mit Ausnahme der LINKEN haben wir bei der Verfolgung unserer Anliegen auch in Zukunft nichts zu erwarten. Die Hetze gegen die DDR und ihre bewaffneten Organe zur Legitimation des herrschenden Systems wird sich eher noch verstärken.

Das wird uns aber nicht abhalten, unsere Ziele konsequent und energisch weiter zu verfolgen.



Kraft und Zuversicht schöpfen wir dabei sowohl aus unseren Erfolgen in der Vergangenheit als auch aus der soliden Begründung unserer aktuellen Verfassungsbeschwerden. Sie sind nicht schlechthin eine Fortsetzung des bisherigen Kampfes gegen das Rentenstrafrecht, sondern stellen eine neue Qualität dar. Die mit den Gutachten erstmals dargestellten neuen Tatsachen und rechtlichen Wertungen

sind zweifelsfrei rechtserheblich und ermöglichen es dem Bundesverfassungsgericht, eine andere als die bereits ergangene Entscheidung zu treffen. Dafür die inhaltlichen Voraussetzungen geschaffen zu haben, ist auch Resultat gemeinsamer Abstimmung durch die Rechtsanwälte Bleiberg und Dr. Helmers, zwischen ISOR und der IGA sowie der Einbeziehung herausragender Fachexperten.

In der Gewissheit, dass das Bundesverfassungsgericht Geist und Buchstaben des Grundgesetzes verpflichtet ist, sind hohe Erwartungen an eine positive Entscheidung begründet und gerechtfertigt. Doch auch Optimisten dürfte klar sein, dass bei einem positiven Ausgang unseres juristischen Kampfes noch mehrere Jahre vergehen werden, bis das Rentenstrafrecht des § 7 AAÜG völlig beseitigt oder wenigstens weiter abgemildert wird. Denn nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum § 7 AAÜG muss das Urteil noch durch den Bundestag umgesetzt werden. Hier sind dann besondere Aktivitäten gefragt, um die Verabschiedung der Gesetzesänderungen möglichst zu beschleunigen und die vollständige und korrekte Umsetzung der Vorgaben der Bundesverfassungsrichter abzusichern. Das wäre auch der Zeitpunkt, an unsere von 73.500 Unterzeichnern getragene Petition zu erinnern, die unter der gegenwärtigen politischen Konstellation keine Aussicht auf eine Befürwortung durch Bundestagsmehrheiten hat.

Sollte es zu einer negativen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes kommen, wäre das zweifellos eine folgenschwere Zäsur in der Arbeit der ISOR. Die Erschöpfung des nationalen Rechtsweges wäre aber nicht das Ende unseres Kampfes gegen das Strafrenten system. Die willkürliche Kürzung von Rentenansprüchen war, ist und bleibt schweres, nicht hinnehmbares Unrecht.

Zu prüfen wäre dann die Anrufung internationaler Gremien, insbesondere auf der Ebene der UNO.

In der Diskussion unterstützten die Vertreter der TIG die Auffassung des Vorstandes, dass gewichtige Gründe dafür sprechen, ISOR auch unter solchen Bedingungen als Verein zu erhalten, insbesondere als Solidargemeinschaft gegen Ausgrenzung und Diskriminierung, als politische Heimat Gleichgesinnter und als Partner der anderen Sozialvereine und – Verbände im Kampf für soziale Gerechtigkeit. Insgesamt geht es also darum, dass ISOR als notwendige und originäre Interessenvertretung der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR bestehen bleibt und sich noch stärker auf gesellschaftspolitische Einmischung orientiert. Das schließt die Verbreitung der Wahrheit über unser Leben und die Zurückweisung von Lügen und Verleumdungen ausdrücklich ein. Der Kalte Krieg wurde bekanntlich von beiden Seiten mit aller Härte geführt und niemandem ist damit gedient, in die alten Schützengräben zurück-

zukehren. Bedauerlicherweise findet bis heute keine Anerkennung, dass die bewaffneten Organe der DDR den gesellschaftlichen Umbruch 1989/1990 friedlich begleitet haben.

ISOR unterstützt die Erinnerungsbibliothek DDR, einen Verein im OKV, der Biografien von DDR-Bürgern sammelt und für die Nachwelt erhält.

Über die Zukunft unserer Initiativgemeinschaft müssen letztlich die Mitglieder entscheiden. Wie bereits erprobt, werden wir bei einer ablehnenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zu unseren Verfassungsbeschwerden eine Mitgliederbefragung organisieren.

Nach deren Abschluss und Auswertung hätte dann eine außerordentliche Vertreterversammlung die notwendigen Beschlüsse zu fassen.

Emotionaler Höhepunkt der inhaltsreichen Diskussion war der Beitrag von Dr. Martina Bunge, die ihren mehr als 20-jährigen Einsatz für Rentengerechtigkeit einprägsam an ihrem Wirken im Bundestag verdeutlichte. Sie hob hervor, dass Erfolge der ISOR im Rentenkampf auch für andere Betroffenengruppen von großer Bedeutung seien, die um ihre Lebensleistung betrogen würden.

Dr. Hans Modrow bedankte sich für die eindeutige Wahlaussage der ISOR zur Bundestagswahl. Er schätzte ein, dass die Bundesrepublik seit 1990 noch nie so weit rechts stand wie heute. Zwar gäbe es Bewegung im sozialen Bereich, aber gewichtige politische Fragen blieben bei den Koalitionsverhandlungen ausgespart. Die BRD entwickle sich zur Großmacht, der eine Führerschaft an der Seite der USA angetragen werde, verbunden mit dem Aufbau militärischer Stärke. Die antikommunistische Erinnerungskultur werde weiter von Lügen und Hass geprägt und es muss damit gerechnet werden, dass die Auseinandersetzungen um das Geschichtsbild eine neue Schärfe erreichen werden.

Vertreter mehrerer TIG schilderten ihre Erfahrungen bei der Organisation niveaувoller Veranstaltungen auf kulturellem und poli-

tischem Gebiet. Neben dem Kampf für die Rentengerechtigkeit gehe es immer wieder um den Zusammenhalt und die gegenseitige Unterstützung der Mitglieder. Für eine Endzeitstimmung sei auch angesichts des wachsenden Altersdurchschnittes und zunehmender gesundheitlicher Probleme kein Platz.

Gleich zwei Diskussionsredner berichteten über Briefe an den Bundespräsidenten und die darauf erfolgenden Reaktionen, die von Negierung bis zu nichtssagenden Antworten reichen.

Ausgetauscht wurden auch Erfahrungen mit der Justiz hinsichtlich der Anerkennung von Zulagen und Zuschlägen als Arbeitseinkommen und damit als rentenwirksame Leistungen. Bedeutsam erscheint in diesem Zusammenhang die Aussage unseres Rechtsanwaltes Bleiberg, der mit einer klärenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes um die Jahreswende 2014 zu 2015 rechnet.

Wolfgang Schmidt bedankte sich für die beeindruckende Solidarität zu seinem, nunmehr dem Bundesverfassungsgericht vorliegenden Gerichtsverfahren. Der von ISOR unterstützte Aufruf der GRH erbrachte bisher 14.517,- € Spenden, denen Prozesskosten in Höhe von ca. 13.000,- € gegenüber stehen. Alle Überschüsse und bei erfolgreicher Verfassungsklage zu erwartenden Rückerstattungen werden anderen von der politischen Justiz Verfolgten aus unseren Reihen zugute kommen.

Peter Speck berichtete, dass bisher Spenden in Höhe von mehr als 15.000,- € für vom Hochwasser geschädigte ISOR-Mitglieder sowie 18 Anträge von Geschädigten eingegangen sind. Das ist aber nur als Zwischenstand der bis Ende des Jahres laufenden Solidaritätsaktion anzusehen. Erst danach kann auch über die Höhe und Verteilung entsprechender Zuwendungen entschieden werden.

Die Vertreterversammlung bestätigte den von Manfred Krumbholz vorgetragenen Bericht der Revisionskommission, der ISOR erneut eine korrekte Finanzpolitik bescheinigte. Er appellierte an alle TIG, auch weiterhin der Kontrolle der Finanzen durch die Kassenprüfer die erforderliche Aufmerksamkeit zu schenken und zwar

im Interesse der jederzeitigen Zuverlässigkeit und Sicherheit unserer Finanzverwaltung.

Die Entschließung der Vertreterversammlung wurde nach gründlicher Diskussion in der veröffentlichten Fassung (s. S.3) einmütig von allen Delegierten gebilligt.

Vorstand und Revisionskommission wurden in der Zusammensetzung wie in ISOR-aktuell vom August veröffentlicht, mit großer Mehrheit gewählt.

*

Aus der Postmappe

Am Rande der Vertreterversammlung unserer ISOR war mir das Glück hold! Nach 59 Jahren traf ich dort den von mir sehr geschätzten Offizier höheren Dienstgrades und –ranges, Gerhard Stauch. Eine unvergessene Begebenheit aus dem Jahre 1954 war mir immer gegenwärtig geblieben.

Gerade 18-jährig, wurde ich im Februar von der Dienststelle der Transportpolizei Stralsund zum Wachzug der Hauptabteilung Transportpolizei mit Sitz in Berlin - Niederschönhausen versetzt. Noch nicht ganz „warm geworden“, erhielt ich im Rahmen der Dienstausbildung den Auftrag, während der Reinigung der Dienstzimmer der leitenden Offiziere in den frühen Morgenstunden anwesend zu sein. Pflichtbewusst nahm ich den Auftrag wahr.

Plötzlich stand ein akkurater Offizier mit Dienstgrad Inspekteur (heute Oberst) im Zimmer. Ich erschrak. Mein Atem streikte. Laut Dienstordnung hatte ich Meldung zu erstatten. Doch beim Anblick seiner Persönlichkeit brachte ich keine Wort über meine Lippen. Er sah mir meine Nervosität an, kam auf mich zu und sagte die mir unvergessenen Worte: „Lass gut sein, ich bin Inspekteur Stauch,“ und reichte mir seine rechte Hand mit einem festen Griff. Als „Jüngling“ war ich davon so sehr beeindruckt, dass dieses Erlebnis mir unvergessen blieb.

Nun sah ich ihn in seinem 89. Lebensjahr erstmalig wieder. Ich fasste mich und ging auf ihn zu, stellte mich vor und erzählte ihm meine Begebenheit. Dieses Mal reichte ich ihm meine rechte Hand, die er mit beiden Händen herzergreifend drückte, was ich als sehr emotional empfand. Stark berührt sagte er zu mir. „Daran kannst du dich nach so vielen Jahren erinnern?“ Sichtlich erfreut über mein Erlebnis schilderte er seinen Lebens- und Dienstweg und ich meinen. Stolz war er, dreißig Jahre als Leiter der Zollverwaltung tätig gewesen zu sein. Mit dem 65. Lebensjahr schied er aus dem aktiven Dienst aus. Dankend nahm er meine Wünsche für weitere gesunde Lebensjahre entgegen. Alles Gute, lieber Genosse Gerhard Stauch!

Walter Krüger

Zwischenruf

„...so ganz hinschmeißen kann man die Sache schließlich nicht. Ich mache weiter.“

Siegfried Korth, Magdeburg

Fotos: W. Kroschel



Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V.

– ISOR e.V. –

Entschließung der Vertreterversammlung der ISOR e.V. vom 21. und 22. Oktober 2013

ISOR hat sich in der politischen und sozialen Auseinandersetzung mit politischen und juristischen Mitteln aktiv in die Gesellschaft eingebracht.

Die Vertreterversammlung hat die Arbeit unserer Organisation in der letzten Wahlperiode erörtert, die bisherigen Ergebnisse zur Überwindung des Rentenstrafrechts bestätigt und festgelegt, wie der juristische Kampf gegen den Sozialabbau und die soziale Benachteiligung der Mitglieder unseres Vereins weiterzuführen ist. Aus dem Bericht des Vorstandes und der Diskussion ergeben sich nachfolgende Aufgaben für die Arbeit von ISOR in den kommenden Jahren:

1. Der Kampf zur Beseitigung des Rentenstrafrechts und für Rentengerechtigkeit bleibt das Kernstück der satzungsgemäßen Arbeit von ISOR e. V. Dieser Kampf enthält auch einen internationalen Aspekt.
Die Wahrung der Grundrechte in unserem Land ist immer enger mit völkerrechtlichen Problemen bei der Einhaltung der Menschenrechte verbunden. Darauf ist sowohl der rechtliche als auch der politische Kampf von ISOR zu konzentrieren. Unabhängig davon, welcher Urteilsspruch in unseren Verfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe als auch der Entscheidung des Petitionsausschusses des Bundestages ergeht, die völkerrechtlichen Probleme und Defizite auf sozialpolitischem Gebiet bleiben bestehen und verschärfen sich sogar.
2. ISOR wird sich weiterhin für die Lösung sozialer Probleme seiner Mitglieder einsetzen und sich noch stärker als politischer Verein profilieren.
Die in der politischen Führungskonzeption dargelegten Schwerpunkte der politischen Arbeit von ISOR, die durch den Vorstand zu präzisieren sind, stehen weiterhin im Mittelpunkt des Wirkens von ISOR e. V.
ISOR ist für eine kritische und objektive Darstellung der Geschichte der bewaffneten Organe im System der DDR und wendet sich gegen jede Art von Verleumdungen, Verdrehungen und Geschichtsklitterei.
Ein besonderer Schwerpunkt ist dabei der Kampf gegen die anhaltende Diskriminierung und Ausgrenzung der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR sowie die offensive Zurückweisung der zunehmend schamlosen Verleumdung der DDR und ihrer Funktionsträger.
3. ISOR wird auch künftig die politische Heimat ihrer Mitglieder bleiben und weiterhin den Kampf um soziale Rechte mit dem Wunsch der Mitglieder nach einem Gemeinschaftsleben politisch Gleichgesinnter verbinden.
Die Zukunft von ISOR wird durch die Arbeit der Mitglieder in den TIG, unsere langjährige bewährte Organisationsform und unsere gemeinsamen politischen Interessen bestimmt.
Wir werden weiterhin dafür kämpfen, dass unsere Lebensleistung in der DDR nicht durch lügnerische Deutungshoheit, Verleumdung und politische Diskriminierung herabgewürdigt wird.
Wir werden den Kampf für alle von sozialer Benachteiligung und Rentenstrafrecht Betroffenen mit den uns zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln aktiv fortsetzen.
4. Die personelle Entwicklung unseres Mitgliederbestandes stellt ein weiterhin wichtiges Aufgabengebiet für den Vorstand dar. Die Verbandsarbeit nach innen und außen ist auf die weitere Stabilisierung der Organisation zu richten. Durch geeignete Maßnahmen zur Werbung neuer Mitglieder und die Vermeidung von Austritten ist die Basis unserer Organisation für unsere weitere sozialpolitische Arbeit zu stärken.

Durch den Vorstand ist der Ausbau der Kooperation mit allen auf sozialpolitischem Gebiet tätigen demokratischen Verbänden voranzutreiben. Die TIG sollen dazu in der Arbeit nach außen ihre Wirksamkeit im Territorium durch enges Zusammenwirken mit anderen linken Organisationen, Vereinen und Verbänden erhöhen. Um dem Wunsch vieler Mitglieder entgegenzukommen, sind soziale Kontakte innerhalb von ISOR und mit Partnern in befreundeten Vereinen und Verbänden weiterhin zu pflegen und zu stärken.



Aus unseren TIG



Wer von uns kennt Kleinmühligen? Und wer unter uns kennt Täve Schur nicht?

Spaß beiseite und alles der Reihe nach. Es ist seit Jahrzehnten gute Tradition in unserer TIG, jährlich ein bis zwei Tagesfahrten mit dem Bus zu unternehmen. Im Mai starteten Mitglieder der TIG Dresden zu einer Vogtlandrundfahrt, und Ende September waren wir in Kleinmühligen, im Land der Frühaufsteher. Warum Kleinmühligen? Das kleine Dorf im Bördeland beherbergt ein Kleinod, das „Radsportmuseum Course de la Paix“ und unter uns haben wir Radsportler und Rollschuhsportler, einer von ihnen hatte einige Zeit gemeinsam mit Gustav Adolf Schur an der DHfK Leipzig trainiert, und da lag es nahe, ihn für ein Zusammensein mit uns zu gewinnen.

Vor dem Radsportmuseum begrüßte uns der Direktor Horst Schäfer gemeinsam mit seiner Frau. Wir sahen einen Dokumentarfilm über die Friedensfahrt von 1948 bis zu ihrem vorläufigen Ende. Da kamen Erinnerungen hoch! Die Begeisterung riss uns wieder mit wie damals, als wir selbst an der Strecke standen und die Fahrer für den Frieden anfeuerten. Jahrzehnte verband die Friedensfahrt nicht nur unsere drei Länder Polen, die Tschechoslowakei und die DDR. Besonders die Sehnsucht nach Frieden war allen teilnehmenden Ländern Verpflichtung. Eine DVD über den 80. Geburtstag von Täve Schur mit vielen uns bekannten Sportlern als Gäste, moderiert von Heinz-Florian Oertel, beschloss den ersten Teil. Horst Schäfer, der Initiator des Museums erzählte uns, warum es der Radfahrer Tarek Aboul-Zahab aus dem Libanon war, der ihn schon als Schüler für die Friedensfahrt begeistert hat. Tarek Aboul-Zahab nahm 1962, 1963 und 1964 als Einzelfahrer an der Tour de la Paix teil, er siegte nicht, doch er wollte zu denen gehören, die für den Frieden unterwegs waren. Das imponierte Horst Schäfer, und von da ab ließ ihn die Friedensfahrt nicht mehr los. Ausschließlich durch Spenden und unter hohem persönlichen Einsatz von Radsportlern und Radsportbegeisterten aus Nah und Fern gelang es, im Jahr 2007 das Museum im neu errichteten Gebäude zu präsentieren. Und Täve griff mit anderen kräftig in die Speichen.

Als dann Täve Schur zu uns stieß, war die Begeisterung groß. Es gab keine Hemmschwelle zwischen uns, das Gegenteil war der Fall. Wir waren für Stunden eine Familie von Sportlern, die ihre Erinnerungen austauschten über den Sport und unsere Vergangenheit in der DDR. Wir waren uns einig, dass heute die Fahrt für den Frieden als Ausdruck der Verbindung der

Völker untereinander nötiger denn je ist. Der Tag in Kleinmühligen gab uns Kraft und Zuversicht und festigte die bekannte Gewissheit, dass es ohne Kampf keinen Sieg gibt. Wer Optimismus tanken und sich von der Begeisterung der Initiatoren für die Friedensfahrt anstecken lassen will, der fahre nach Kleinmühligen, schau sich die Exponate an. Da ist nicht nur Radsporttechnik zu sehen, vor allem zeigt die Ausstellung, wie tief der Gedanke der Friedensfahrt auch heute noch in der Welt verwurzelt ist. In das Gästebuch schrieben wir u.a. den Satz: „Fange nie an aufzuhören und höre nie auf anzufangen.“ Also strengen wir uns an für die nächsten Etappen unseres Kampfes gegen das Rentenstrafrecht! **Andreas Bendel**

*

Die Thematik der Mitgliederversammlung der TIG Magdeburg Anfang Oktober bezog sich auf unsere aktive Teilnahme an Wählerforen im sogenannten Wahlkampf, auf denen den Kandidaten für den zu wählenden Bundestag konkrete Fragen besonders zur Rentenangleichung Ost an das Westniveau, zur Beseitigung des Rentenstrafrechts und zur Forderung der Einstellung von kriegerischen Handlungen der Bundeswehr gestellt wurden. Nur die Partei Die Linke bezog eine klare und verständnisvolle Haltung. Die übrigen Kandidaten hatten sich wohl mehr mit dem aus der griechischen Mythologie bekannten Orakel von Delphi befasst und gaben ausweichende Antworten.

Die auf der Versammlung diskutierte Bewertung der Bundestagswahl 2013 hat gezeigt, dass der Antikommunismus im gegenwärtigen Deutschland weiter erstarkt ist und eine Verteufelung der DDR in der von der CDU/CSU angeführten Regierung und ihr hörigen Medien in der Massenmanipulation Wirkung gezeigt hat. Diesem politischen Konzept wird sich auch die SPD anschließen. Wie klang es schon vor hundert Jahren in der Arbeiterklasse: „Wer hat uns verraten; Sozialdemokraten“. Diese Aussage ist heute noch aktuell, zumal fortschreitender Sozialabbau, Befürwortung von Kriegseinsätzen der Bundeswehr und NATO und wirtschaftliche Globalisierung nur im alleinigen Interesse von Monopolisten gerade von der SPD getragen werden.

Die TIG-Mitglieder werden auch künftig im Verbund mit befreundeten Verbänden für eine Beseitigung des Rentenstrafrechts, Anerkennung unserer Lebensleistungen und gegen soziale Ungerechtigkeit aktiv sein.

Die Mitglieder unterzeichneten einen Appell der Friedensbewegung gegen die Etablierung der Drohnentechnologie zur Kriegsführung. Auch unterstützten wir durch Unterschriftsleistung den Aufruf der Eberhard-Schultz-Stiftung „Protokoll zum UN-Sozialpakt endlich ratifizieren!“ Hierbei geht es um die Möglichkeit einer Individualbeschwerde an die Vereinten Nationen zu sozialen Menschenrechten. Jede Bundesregierung seit 1966 hat eine Ratifizierung aus sogenannten Anpassungserfordernissen an das deutsche Recht verhindert. Auf der Mitgliederversammlung würdigte der Landesbeauftragte für die TIG in Sachsen-Anhalt, Dieter Wittstock, die aufopferungsvolle und anerkannte Arbeit in ununterbrochenen 22 Jahren des scheidenden TIG-Vorsitzenden Siegfried Korth. Er wurde mit der Ehrenurkunde unseres Vereins geehrt. Er wird auch weiterhin im Vorstand aktiv bleiben.

Die Versammlung wählte einstimmig einen neuen TIG-Vorstand und einen neuen Vorsitzenden. **Vorstand TIG Magdeburg**

*

Grüße von Martina Bunge

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

mit dieser Mail möchten ich Sie informieren, dass Die Linke in ihr 100-Tage-Programm nach der Wahl auch eine Initiative zu den „Ostrenten“ aufgenommen hat.

Dort heißt es:(...) Wir wollen die Lohn- und Renteneinheit vollenden: Als Einstiegsprojekt werden wir ein Konzept für die schrittweise Angleichung des Rentenwertes Ost an das Westniveau bis 2017 vorlegen; (...) Man darf gespannt sein, wie sich das Thema Rentenangleichung in dem zu erwartenden Koalitionsabkommen von CDU/CSU und SPD niederschlagen wird: Die Union will ja inzwischen die Angleichung Ost an West durch die normalen Rentenanpassungen erreichen, während die SPD in ihrem Wahlprogramm eine schrittweise Angleichung bis 2020 verfochten hat ...Wahlen sind auch immer eine Zäsur nicht nur für die allgemeine Politik, sondern oft auch für die darin Agierenden. Die Abstimmungen vom 22. September haben es mit sich gebracht, dass ich nicht mehr dem Deutschen Bun-

»»» Fortsetzung auf Seite 6

➤➤➤ Fortsetzung von Seite 4

destag angehöre. Deshalb ist diese Mail gewissermaßen eine Abschiedsmail. Auch meine Mitstreiterin, unsere Fraktionskollegin Brigitte Holm, möchte sich verabschieden. Hier haben die Lebensdaten die Zäsur gesetzt. Sie wird mit dem 1. November regulär in Rente gehen. Beide danken wir Ihnen für die gute Zusammenarbeit, die wir zum Teil über Jahre hatten, für die vielen Anregungen und Hinweise. Wir hoffen mit Ihnen, dass eines Tages, trotz der bekannten Widrigkeiten und Widerstände, die deutsche Einheit auch auf dem Gebiet der Rente vollzogen ist. Dies wird weiter des Engagements vieler bedürfen. Wir wünschen Ihnen dafür – aber besonders auch für Ihr persönliches Leben – viel Kraft und Gesundheit. Wir werden unsere Erfahrungen ebenfalls weiter einbringen.

Mit freundlichen Grüßen
Martina Bunge und Brigitte Holm

*

Lesenswert

ISOR aktuell empfiehlt eine Broschüre von **Prof. Dr. Georg Grasnack** zum Thema „Zwischen Zivilisation und Barbarei“ im Diskussionsforum auf unserer Internetseite www.isor-sozialverein.de. Er beleuchtet Ursachen und Hintergründe des Flüchtlingselends und dessen Missbrauch durch rechten Mob – auch in Berlin-Hellersdorf.

*

Herbert Kierstein

Drachentöter

Die „Stasi-Gedenkstätten“ rüsten auf (spotless im Verlag Das Neue Berlin 2012)
ISBN 978-3-360-02070-3
255 Seiten, Preis 13,40 €

Vor mehr als einem Jahr hatte **ISOR aktuell** bereits hier auf dieses Buch hingewiesen, das sich inzwischen als wichtiges Handbuch zu dem im Untertitel genannten Thema erwiesen hat.

Der Autor und sein Freundeskreis haben inzwischen weitergearbeitet und Wege gefunden, Arbeits- und Rechercheergebnisse in kurzen, prägnanten Filmdokumentationen vorzulegen, die argumentativ auf Wert oder Unwert gegenwärtiger medialer Propaganda-Aktionen eingehen. Inzwischen sind mehr als 40 solcher Kurzdokumentationen entstanden und im Internet zugänglich. Die Reihe wird fortgesetzt, informiert uns Herbert Kierstein. Sie ist erreichbar unter

<http://www.youtube.com/user/AktenFaktenArgumente/featured>

Wir haben uns entschlossen, auch auf unserer Internetseite auf diese Publikationen hinzuweisen und hier auch zur Unterstützung der Nutzung ein thematisches Verzeichnis mit Verlinkungen anzubieten, das durch die Verfasser fortlaufend ergänzt werden kann.

H.B.

*

Was kann getan werden, wenn die Krankenkasse den Reha-Antrag ablehnt, den neuen Rollstuhl verweigert oder die Haushaltshilfe nicht genehmigt? Derartige Ärgernisse sind jederzeit möglich.

Aber seit Februar dieses Jahres erleichtert das neue Patientenrechtsgesetz den Umgang mit diesen und ähnlichen Problemen.

Eine nützliche Übersicht auf dem Weg durch die Instanzen und die Rechte der Patienten gibt die **Apotheken-Umschau** vom 1. Oktober 2013.

siehe auch:
www.bmg.bund.de/praevention/patientenrechte

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19
V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss: 30.10.2013

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 27.11.2013

Einstellung im Internet: 06.12.2013

Auslieferung: 12.12.2013

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316
Postanschrift: ISOR e.V.: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: (030)- 29784315 Sekretariat
29784317 AG Finanzen

Fax: (030)- 29784320

Postfach 700423 – 10324 Berlin

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr.: 171 302 0056 BLZ: 100 500 00
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden 1. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr sowie
nach tel. Terminvereinbarung (030 29784315)
auch am 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr

Willenserklärung

der Protestveranstaltung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V.
vom 3. Oktober 2013

Wir, die Teilnehmer der zum siebenten Mal stattfindenden Protestveranstaltung aus Anlass des „Tages der deutschen Einheit“ haben uns versammelt, um unser Engagement für Antifaschismus und Solidarität zu dokumentieren. Der Ausgang der Bundestagswahlen beweist erneut, dass die Politik des Sozialabbaues, der Verteilung des Reichtums für die oberen Schichten, die weltweite Beteiligung an Kriegen und die Faschisierung der Gesellschaft weitergeführt wird. Für die unteren Schichten und insbesondere große Teile der ostdeutschen Bevölkerung haben sich dreiundzwanzig Jahre nach dem Beitritt und sieben sogenannten freien Wahlen keine wesentlichen Verbesserungen ihrer Lebenslage ergeben. Löhne und Renten im Osten hinken weiter wesentlich hinter dem Westniveau hinterher. Die Anzahl der Arbeitslosen, Hartz-IV-Empfänger, Teilzeitarbeiter ist ständig gestiegen.

Eines der reichsten Länder der Welt hat es nötig, eine steigende Anzahl von Menschen durch Almosen ein Leben am Existenzminimum zu gewährleisten. Wir fordern die neue Regierung auf, ihre Ankündigungen zum Stopp des Sozialabbaues und zur Angleichung der Lebensverhältnisse in allen Bundesländern gemäß Grundgesetz umzusetzen. Insbesondere halten wir die Einhaltung des Versprechens der Kanzlerin zur Angleichung des Lohn- und Rentenniveaus in Ost an West für erforderlich.

Mit besonderer Besorgnis stellen wir fest, dass neonazistische Umtriebe nicht nur zunehmen, sondern durch die Staatsmacht toleriert werden. Verbrechen der Neonazis werden durch Staatsorgane vertuscht, die Justiz ist auf dem rechten Auge blind. Wir unterstützen Forderungen und Bemühungen linker Ausschussmitglieder und anderer Demokraten, Kompetenz und Autorität von Untersuchungsausschüssen zur Aufklärung von Erscheinungen, Strukturen und Bedingungen neofaschistischer Taten zu stärken. Wir fordern, konsequente Maßnahmen der neu gewählten Regierung gegen jede Erscheinung des Rassismus, der Völkerhetze und des Neofaschismus.

Wir fordern, endlich die notwendigen Maßnahmen zum Verbot der NPD einzuleiten. Mit Betroffenheit stellen wir fest, dass es der Militärdoktrin der Bundesregierung und des Bundespräsidenten entspricht, dass deutsche Soldaten weltweit für Interessen des Kapitals ihr Leben lassen müssen. Wir fordern, Beendigung aller Kriegseinsätze der Bundeswehr und Stopp aller Waffenexporte. Wir stellen fest, dass die Krise des kapitalistischen Systems immer breiter um sich greift. Bundeskanzlerin Angela Merkel ist es zwar noch gelungen, wesentliche Krisenerscheinungen von Deutschland im Interesse des deutschen Kapitals fern zu halten. Demgegenüber sind die von ihr in hohem Grade zu verantwortenden Krisenerscheinungen in den südlichen Ländern Europas verheerend. Wir fordern die Beendigung dieser Krisenpolitik und Solidarität mit allen von der Krise betroffenen Menschen in allen Ländern. Die Durchsetzung dieser Ziele erfordert in wesentlich höherem Maße die nationale und internationale Einheit aller links orientierten Kräfte. Wir fordern linke Parteien und Verbände auf, ihre Kräfte zu bündeln und gemeinsame Aktionen zu organisieren.

Soziale Lage bestimmt Lebensgefühl der ostdeutschen Generation 50plus

Sozialreport 50+ der Volkssolidarität

Die 50- bis 64-Jährigen in den ostdeutschen Bundesländern (einschließlich Berlin-Ost) sind mit ihrer Lebenssituation weniger zufrieden als der ostdeutsche Durchschnitt. Ursachen seien vor allem die berufliche und familiäre Situation sowie die damit verbundenen Einkommen. Das gehört zu den Hauptaussagen des „Sozialreports 50+ 2013“, den die Volkssolidarität am Dienstag den 1. Oktober in Berlin gemeinsam mit der Berliner Pressekonferenz vorstellte. Verbandspräsident Prof. Dr. Gunnar Winkler forderte aus diesem Anlass von der nächsten Bundesregierung, dass die Finanzierung des Sozialstaates nicht weiter geschwächt werden dürfe.

Von den älteren Ostdeutschen bewerten nur wenige ihre Entwicklung seit 1990 als „Aufstieg“, so der „Sozialreport 50+ 2013“. Ein Viertel von ihnen erlebte dagegen eher einen sozialen Abstieg, was vor allem an den Sozialreformen seit dem Jahrtausendwechsel liegt. Die Studie zu den Auffassungen und Positionen der 50- bis 64-Jährigen in den neuen Bundesländern zu ihrer sozialen Lage wurde im Auftrag der Volkssolidarität vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg (SFZ) e.V. erarbeitet. Für die zugrunde liegende Erhebung wurden im Mai 2013 insgesamt 1.256 Bürger ab dem 18. Lebensjahr schriftlich befragt.

47 Prozent der befragten 50- bis 64-jährigen Ostdeutschen gaben an, mit ihrem Leben insgesamt zufrieden zu sein. 14 Prozent von ihnen verneinten das. Besonders gering ist der Studie zufolge die Zufriedenheit in der Gruppe der 55- bis 59-Jährigen ausgeprägt. Der „Sozialreport 50+ 2013“ macht darauf aufmerksam, dass die 50- bis 64-Jährigen massiv aus dem Erwerbsleben in die Arbeitslosigkeit abgedrängt und „nicht immer freiwillig und mit Abschlägen“ in die Rente geschickt werden. „Die Hälfte scheidet in dieser Lebensspanne aus der Erwerbstätigkeit aus, die Arbeitslosigkeit verdoppelt sich. 40 Prozent sind in den letzten fünf Jahren vor dem gesetzlichen Rentenalter schon Rentnerin bzw. Rentner.“ Dieser Verdrängungsprozess führe dazu, dass die Ostdeutschen in dieser Altersgruppe besonderen sozialen Risiken ausgesetzt sind, wie einer überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit (13 Prozent), einer hohen Armutsquote (19 Prozent) sowie deutlichen Einkommenseinbußen von durchschnittlich einem Drittel im Vergleich zum Durchschnitt.

Nur wenige derjenigen, die „in hohem Maße die wirtschaftliche und politische Entwicklung der letzten 30 bis 40 Jahre prägten“, halten die deutsche Einheit für vollendet, so Verbandspräsident Winkler. Immerhin ein Drittel von ihnen zieht laut „Sozialreport“ eine negative Bilanz der letzten 23 Jahre. Den Versprechungen der bisherigen Bundesregierung, dass es bis 2019 zu einer Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West kommt, werde misstraut. Fast drei Viertel der 50- bis 64-Jährigen gingen davon aus, dass sich ihre finanzielle Absicherung im Alter verschlechtere.

Winkler machte bei der Vorstellung der Studie auf eine „überdurchschnittlich hohe soziale Verunsicherung“ aufmerksam. Er betonte, „dass die Erfahrungen der Ostdeutschen auch besagen, dass es keine soziale Sicherheit ohne Freiheit gibt und umgekehrt“. Beides dürfe nicht gegeneinander ausgespielt werden. Der Verbandspräsident warnte die nächste Bundesregierung davor, die bisherigen Spardiktate zu Lasten der Bevölkerungsmehrheit, der sozialen Infrastruktur und der öffentlichen Daseinsvorsorge fortzusetzen. Die Volkssolidarität fordere einen höheren Spitzensteuersatz für hohe Einkommen sowie, dass Steuerflucht und Steuerbetrug wirksam bekämpft werden. Es gehe den Ostdeutschen um gleichwertige Lebensverhältnisse im Sinne der Chancengleichheit, das eigene Leben selbstbestimmt gestalten zu können. Winkler erneuerte die Forderung, den Rentenwert Ost in einem kurzen Zeitraum an den Westwert anzugleichen. Es sei nicht hinnehmbar, wenn jetzt davon gesprochen werde, dass das frühestens in 20 Jahren geschehe.

Der Sozialreport und die von der VS veröffentlichten Dokumente sind zu finden auf unserer Webseite unter der Rubrik „Bei anderen gelesen.“